

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Frau Wagner, Schulte (Menden), Tatge und der Fraktion
DIE GRÜNEN**

Gefahren tödlicher Uranhexafluoridunfälle in der Bundesrepublik Deutschland

Bei einem schweren Unfall in einer Uranverarbeitungsfabrik in Gore im US-Bundesstaat Oklahoma wurde Anfang Januar 1986 ein Arbeiter getötet. Mehr als hundert Menschen mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden, bei 32 Personen wurden Verätzungen durch das Giftgas Uranhexafluorid registriert. Nach dem Zerbersten eines Uranhexafluoridbehälters ist die Giftwolke 30 km weit getrieben, ein ähnlicher Unfall hätte in einem dichtbesiedelten Gebiet noch erheblich mehr Verletzungen hervorrufen können. Uranhexafluorid besteht zu ca. 80 % aus dem hochgiftigen Fluorwasserstoff. Bereits 100 mg inhaliertes UF_6 führt – wie jetzt in den USA – zu 100%ig tödlicher Lungenverätzung. Ursache für das Entweichen der tödlichen Giftwolke im US-Staat Oklahoma ist nach offiziellen Angaben der Bruch eines überfüllten UF_6 -Behälters auf Grund von Erhitzen. Aber auch die normal gefüllten UF_6 -Behälter zerbrechen bei entsprechend höherer Erhitzung. Dies kann bereits dann der Fall sein, wenn einer der zahlreichen UF_6 -Transporte in der Bundesrepublik Deutschland verunglückt und Feuer fängt. Laut Rundschreiben des Bundesinnenministers vom 15. Februar 1979 (GMBL 1979, Nr. 8, S. 91) müssen in der Bundesrepublik Deutschland für das hochgiftige UF_6 „vorzugsweise Behälter des Typs 48 F oder 48 Y“ verwendet werden, die den US-Normen des „American National Standard Packageing of Uranium Hexafluorid for Transport (ANSI N 14. Januar 1971) entsprechen“. Von der Lagerung oder Verarbeitung des hochgiftigen Uranhexafluorid sind auch in der Bundesrepublik Deutschland zahlreiche Orte betroffen, so z.B. Weisweiler bei Aachen, Karlstein (Bayern), Leese (Niedersachsen), Gronau (Nordrhein-Westfalen), Hanau (Nucem, Reaktorbrennelementunion und Transnuklear verarbeiten und lagern dort Uranhexafluorid). Allein die Urananreicherungsanlage in Gronau hinterläßt pro Jahr Hunderte von Tonnen abgereicherten Uranhexafluorids. Bei Aufnahme der maximalen Produktionskapazität in Uran werden ca. 1 600 t abgereichertes Uranhexafluorid pro Jahr entstehen, die 50 Jahre und länger gelagert werden müssen. Weder in Gronau noch an den anderen Standorten ist eine Sicherung dieser Behälterlager gegen Flugzeugabsturz vorgesehen.

Aus Anlaß des tödlichen UF_6 -Unfalls in den USA fragen wir die Bundesregierung:

1. Wo wird in der Bundesrepublik Deutschland derzeit in welchen Mengen abgereichertes, angereichertes oder Natururanhexafluorid gelagert? Welche weiteren Standorte sind für eine Uranhexafluoridlagerung in den genannten Formen in welcher Größenordnung vorgesehen?
2. Wieviel Tonnen an Uranhexafluorid werden jährlich innerhalb der Bundesrepublik Deutschland transportiert? Wieviel Transporte werden jährlich auf der Schiene bzw. auf der Straße durchgeführt?
3. Ist es zutreffend, daß der Typ des in den USA geborstenen Uranhexafluoridbehälters auch in der Bundesrepublik Deutschland Verwendung findet? Wenn ja, um welchen Behältertyp handelt es sich, und wo wird er in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt?
4. Welche Behältertypen werden in der Bundesrepublik Deutschland an welchem Ort für die Lagerung oder den Transport von UF_6 eingesetzt?
5. Werden die in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Behältertypen unter kombinierter Druck- und Temperaturbelastung getestet? Wer führt wo in der Bundesrepublik Deutschland derartige Tests durch?

Wo können Berichte hierüber öffentlich eingesehen werden? Welchen Temperatur- und Druckverhältnissen müssen die in der Bundesrepublik Deutschland verwendeten UF_6 -Behälter für welchen Zeitraum ohne Undichtigkeiten standhalten, um für UF_6 -Transporte genehmigt zu werden?
6. In welchem zeitlichen Abstand und an welchem Ort werden die hierzulande verwendeten UF_6 -Behälter hinsichtlich ihres Zustandes (Schweißnähte, Ventile etc.) geprüft?
7. Kann die Bundesregierung ausschließen, daß bei UF_6 -Importen aus dem Ausland überfüllte Behälter oder Behälter mit äußerlich nicht erkennbaren Defekten in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden? Wenn ja, wie ist dieser Fall auszuschließen? Wenn nein, welche Schritte gedenkt die Bundesregierung in diese Richtung zu ergreifen?
8. Wie hoch ist die maximal zulässige Betriebstemperatur beim Entleeren oder Befüllen der UF_6 -Behälter in der Bundesrepublik Deutschland?
9. Wie groß ist der maximale Innendruck der in der Bundesrepublik Deutschland verwendeten UF_6 -Behälter bei maximal erlaubter Befüllung, maximaler Betriebstemperatur und geschlossenem Ventil?
10. Inwieweit können bei den hierzulande verwendeten Heizsystemen zur Verflüssigung des UF_6 Temperaturüberschreitungen ausgeschlossen werden? Um welche Temperatur-

grade könnten diese Zeitsysteme bei nichtbestimmungsge-
mäßigem Betrieb die Normaltemperaturen überschreiten?

11. Ist es zutreffend, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland der Bruch eines UF_6 -Behälters auf Grund fortwährender starker Erhitzung nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann
 - a) im Falle eines schweren Verkehrsunfalles,
 - b) im Falle eines Flugzeugabsturzes auf ein UF_6 -Freilager?
12. Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung hinsichtlich
 - a) der Behältersicherheit,
 - b) der Behälterfüllmenge,
 - c) der in der Bundesrepublik Deutschland existierenden UF_6 -Lager (Schutz gegen Flugzeugabsturz etc.)aus dem Unfall in Gore zu ziehen?
13. Gedenkt die Bundesregierung nach dem tödlichen Unfall in den USA Maßnahmen zur Verringerung des UF_6 -Aufkommens und der UF_6 -Transporte in der Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen? Falls nein, was hält die Bundesregierung davon ab, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen?
14. Der geplante Aufbau der Urananreicherung in Gronau würde den jährlichen Anfall an zu lagerndem Uranhexafluorid verzehnfachen (von derzeit 160 t auf 1 600 t).

Gedenkt die Bundesregierung im Lichte des UF_6 -Unfalls in den USA diese Aufbaupläne zu stoppen?
15. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß für Urananreicherung auf dem Weltmarkt Überkapazitäten existieren? Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß innerhalb der nächsten zehn Jahre der Bedarf nach zusätzlicher Anreicherungsleistung die vorhandenen Kapazitäten übersteigt? Falls ja, auf welche Daten stützt sie diese Daten? Falls nein, aus welchem Grund wird ein weiterer Ausbau der Anlage in Gronau verfolgt?
16. Mit welchen Beträgen wurde die Urananreicherungsanlage in Gronau in der Vergangenheit staatlich subventioniert? Mit welchen Beträgen wird diese Anlage derzeit staatlich bezuschußt? In welcher Höhe und in welchem Zeitrahmen ist eine weitere staatliche Subventionierung der Urananreicherung in Gronau vorgesehen?

Bonn, den 17. Februar 1986

Wagner

Schulte (Menden)

Tatge

Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion

